

Für die SPD-Fraktion erklärte Herr Dr. Frank, den Eilbeschluss zu genehmigen, da der Ausbau der Schulen für dringend notwendig erachtet werde. Er brachte jedoch Verärgerung über die erhebliche Kostensteigerung von etwa 70 % zum Ausdruck. Diese sei nicht nachvollziehbar. Den Aussagen des Planungsbüros, dass es sich um nicht vorhersehbare Dinge gehandelt habe, könne sich die SPD-Fraktion nicht anschließen. Eventuelle Planungsfehler müssten aufgedeckt werden. Die CDU-Fraktion verschweige gegenüber den Bürgern, dass den Ausgaben für OGS in Höhe von 6,2 Mio. € erhebliche Kostensteigerungen zu Grunde liegen. Auch der von der CDU-Fraktion angegebene Fertigstellungstermin (Herbst 2008) könne nicht gehalten werden. Frau Bergmann-Gries ergänzte, die Grundschule Freie Buschstraße zeige keine baulichen Fortschritte. Die Verwaltung sei verpflichtet, hier die betroffenen Eltern aufzuklären.

Herr Wagner zog für die CDU-Fraktion das Resümee, der überwiegende Teil der Kostensteigerung sei auf Brandschutzmaßnahmen zurückzuführen, die im Altbestand der Gebäude durchgeführt werden mussten. Zu dem seien die ersten Kostenermittlungen seitens der Verwaltung ausdrücklich als Schätzungen bezeichnet worden. Er sehe keine Alternative zu dem jetzt eingeschlagenen Weg. Zu dem von der CDU-Fraktion angegebenen Fertigstellungstermin im Herbst 2008 führte er aus, dass dieser nach den Herbstferien gesehen werde. Die CDU-Fraktion sei stolz darauf, in diesem Umfange finanzielle Mittel für den Schulausbau investieren zu können.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte Herr Piéla, dass das OGS-Projekt im Sinne der Kinder der Stadt Sankt Augustin gewünscht sei und unterstützt werde. Hierüber bestehe fraktionsübergreifendes Einvernehmen. Die Maßnahmen müssten jetzt zum Ende gebracht werden. Zu der Kostensteigerung müssten jedoch die Ursachen hinterfragt werden. Nach Abschluss der Maßnahme seien daher konkrete Aufstellungen über absehbare Kosten und deren Steigerungen sowie der unvorhersehbaren Kosten und deren Steigerungen seitens der Verwaltung vorzulegen. Ferner sollte für künftige Baumaßnahmen an allen öffentlichen Gebäuden ein Monitoring eingeführt werden. Bedarfsermittlungen müssten rechtzeitig erfolgen, damit verlässliche Kostenprognosen möglich sind.

Frau Jung führte für die FDP-Fraktion aus, dass die in dem seinerzeit von der Verwaltung durchgeführten Bieterverfahren getroffenen Aussagen mit den Äußerungen der SPD-Fraktion nicht im Einklang stünden. Den Vergabeentscheidungen im Zusammenhang mit den OGS-Maßnahmen hätten langwierige Verhandlungen zu Grunde gelegen. Die damaligen Kostenschätzungen seien in erster Linie für die zu stellenden Förderanträge erforderlich gewesen, die zudem unter Zeitdruck erstellt werden mussten. Um Folgekosten zu vermeiden, sei es sinnvoll, bei den jetzt durchgeführten Baumaßnahmen bestimmte Maßnahmen zusätzlich vorzunehmen.

Herr Dr. Lennartz sprach sich dafür aus, dass die Kontrolle des Rates bei künftigen Maßnahmen umfangreicher sein sollte.

Herr Köhler sieht in der Realisierung der OGS-Maßnahmen einen qualitativen Umfang, wie er zu Beginn nicht vorstellbar war. Darauf könne die Stadt Sankt Augustin stolz sein. Aus heutiger Sicht müsse daher von der Annahme ausgegangen werden, dass die Maßnahmen auch bei Kenntnis der tatsächlichen Kosten bereits seinerzeit gewollt war.

Der Bürgermeister führte aus, die nicht solide Planungsbasis habe dem ursprünglich gefassten

Ratsbeschluss zu Grunde gelegen. Der damalige Sozialdezernent, Herr Seigfried, habe seinerzeit ausdrücklich hierauf hingewiesen.

Herr Dr. Büsse wies darauf hin, dass die auf Grund erster solider Planungen ermittelten Kosten bereits mit 4,4 Mio. € beziffert worden seien. Die Kostensteigerung von 4,4 Mio. € auf 6,1 Mio. € werde seitens der Verwaltung noch dahingehend aufgeschlüsselt, in welchem Umfange unvorhergesehene Ausgaben entstanden sind und in welchem Umfang Wünsche aus dem Schulbereich umgesetzt wurden.

Anschließend fasste der Rat folgenden Beschluss: